Das bevorstehende Dunkle Zeitalter & Der Tod ordentlicher Wissenschaft

Ein Akademiker, dem man es verwehrt, Forschungsergebnisse von Kollegen zu hinterfragen, weil derartige Nachfragen die Finanzierung der Universität gefährden könnten, hat keine intellektuelle Freiheit. Und wenn Akademiker schon wissen, dass sie geschasst werden, wie es Peter Ridd widerfahren ist, nur weil er unbequeme Fragen gestellt hatte, dann werden sie eben keine unbequemen Fragen mehr stellen.

Ein Gerichtsverfahren in dieser Woche vor drei Richtern am Bundesgerichtshof war ein weiterer Schauplatz des Kampfes von Peter Ridd für Redefreiheit bzgl. des Themas Klimawandel. Der Fall, also *James Cook University* (JCU) vs. Peter Vincent Ridd hat enorme Bedeutung für die Zukunft der Universitäten und von wissenschaftlichen Institutionen in Australien.

Der Fall Peter Ridd ist eine dramatische Illustration der Krise bzgl. Redefreiheit an australischen Universitäten, wobei nicht nur Themen wie das politisch und emotional aufgeladene Thema Klimawandel im Vordergrund stehen. Der Ausgang des Verfahrens wird im Endeffekt darüber befinden, ob den Universitäten eingeräumt wird, Meinungen zu zensieren, welche ihre Finanzquellen bedrohen. Es handelt sich hier um eines der bedeutendsten Verfahren für intellektuelle Freiheit in der Historie australischer Rechtsprechung.

Der Fall Ridd hat nicht nur in ganz Australien hohe Wellen geschlagen, sondern auch in der Welt nachgehallt – aus guten Gründen. Er bestätigt, was viele Menschen schon seit Langem geargwöhnt hatten: Die australischen Universitäten sind keine Institutionen mehr, welche sich vorbehaltlos hinter intellektuelle Freiheit und das wissenschaftliche Verfahren bei der Suche nach der Wahrheit stellen. Stattdessen bilden sie jetzt Vetternwirtschaft-Bürokratien, welche rigide eine nicht hinterfragbaren Orthodoxie vorantreiben und die in der Lage sind, jedermann zu verfolgen, der es wagt, sich außerhalb deren rigiden Gruppendenkens zu stellen.

Die JCU versucht, die intellektuelle Freiheit eines an der Universität arbeitenden Professors stark einzuschränken, nur weil er die Qualität der Forschungen anderer Akademiker an der Institution hinterfragt. Mit anderen Worten, die JCU versucht, eine kritische Funktion zu unterbinden, die das Herzstück aller Universitäten bildet: sich in freier intellektueller

Untersuchungen zu engagieren via freier und offener – und oftmals harter – Debatten. Es ist eine absurde, aber unvermeidliche Konsequenz, dass Universitäten heutzutage nach vom Steuerzahler aufzubringenden Geldern gieren und nicht danach, die Wahrheit zu finden.

Noch schlimmer ist, dass es auch der Steuerzahler ist, welcher für das JCU-Gerichtsverfahren aufkommt. Einer Forderung des *Institute of Public Affairs* im Rahmen des *Freedom of Information*-Gesetzes folgend wurde die Universität dazu verurteilt, bis zum Juli letzten Jahres offen zu legen, dass sie bereits 630.000 Dollar an Bußgeldern zahlen musste. Man kann wohl davon ausgehen, dass sich diese Kosten für die Universität seitdem mehr als verdoppelt haben. Der Anwalt der JCU vor dem Gericht war Bret Walker, einer der bedeutendsten Rechtsanwälte Australiens. Anwälte seines Kalibers können Honorare von 20.000 bis 30.000 Dollar pro Tag fordern. Und all das passiert zur gleichen Zeit, in der die Vize-Kanzlerin der Universität Sandra Harding – mit einem Verdienst von mindestens 975.000 Dollar pro Jahr – sich über die Auswirkungen von Kürzungen der Zuwendungen seitens der Regierung beklagt.

Während es die australischen Steuerzahler sind, welche die Bemühungen der Universität finanzieren, die Redefreiheit abzuschaffen, muss Ridd selbst für seine entsprechenden Kosten aufkommen, ebenso wie seine Frau sowie freiwillige Spenden aus der Öffentlichkeit. Bis jetzt haben sich weder die [australische] Bundesregierung noch der Bildungsminister von Queensland öffentlich dazu geäußert, ob die JCU die Steuergelder angemessen ausgibt, und beide haben es bislang auch abgelehnt, in dem Fall zu intervenieren.

Ridd selbst beschreibt sich als einen „Lau-Warmisten“. „Ich denke, dass Kohlendioxid geringe Auswirkungen auf die Temperatur der Erde hat“, sagte er kürzlich. „Aber das ist nicht gefährlich“. Sein Forschungsobjekt war seit Anfang der 1980er Jahre das Große Barriere-Riff, und einmal war er kurze Zeit sogar der Präsident dieses lokalen Bereiches der *Wildlife Preservation Society*.

Aber Ridd bezweifelt die konventionelle Denkweise, wonach das Riff infolge des Klimawandels stirbt. „Ich denke, dass sich das Riff in keinerlei Schwierigkeiten befindet. Tatsächlich dürfte es so sein, dass es vermutlich eines der am besten geschützten Ökosysteme der Welt und praktisch unberührt ist“.

Die Probleme, welche Ridds Standpunkte der JCU bereiten, liegen auf der Hand. Die Universität behauptet von sich, eine führende Institution zu sein, wenn es um Forschungen bzgl. des Riffs geht, und sie ist Teilhaberin an verschiedenen, vom Steuerzahler finanzierten Forschungen mit anderen Institutionen, die sich der Erforschung des Riffs widmen.

Ridd klagte gegen seine Entlassung vor dem Bundesgerichtshof auf der Grundlage, weil der Arbeitsvertrag mit der Universität ihm ausdrücklich besonders das Recht garantierte auf „kritische und offensichtliche Untersuchungen“, „unpopulären oder kontroversen Standpunkten Ausdruck zu verleihen“ und sogar „Meinungen über die Operationen der JCU und der Politik bzgl. Weiterbildung allgemein zu äußern“. Im September vorigen Jahres hat Ridd dieses Verfahren gewonnen, und das Gericht urteilte, dass seine

Entlassung ungesetzlich war und ihm eine Entschädigung von 1,2 Millionen Dollar zustand als Schadensersatz und Ausgleich verloren gegangenen Einkommens.

Im neuerlich vor dem Gerichtshof verhandelten Fall ging es um den Einspruch der JCU gegen dieses Urteil. Zur Debatte stand, ob die Klauseln bzgl. intellektueller Freiheit in den Arbeitsverträgen mit der JCU auch seine Kritik an der Qualität von Riff-Forschungen an der Universität umfassten. Die Universität machte geltend, dass Ridd mit seinem Gang an die Öffentlichkeit mit seinen Bedenken, wonach den Organisationen bzgl. Riff-Wissenschaft „nicht zu trauen“ ist, verschiedene Verhaltensvorschriften der Universität verletzt hat nebst deren vagen, geringfügigen Orwell’schen Erfordernissen, „kollegial“ zu agieren und „die Integrität und den guten Ruf der Universität“ nicht anzutasten.

Mit anderen Worten, obwohl im Arbeitsvertrag festgelegt war, dass Mitarbeiter das Recht auf intellektuelle Freiheit haben, hatte die Universität nichts Besseres zu tun als die Grenzen jener Freiheit selbst festzulegen.

Der ganze Beitrag steht hier (Zahlschranke!)

Link:
https://www.thegwpf.com/the-coming-dark-age-the-death-of-the-scientific-method/

Übersetzt von Chris Frey EIKE